

Gemeinsam Zeichen gesetzt gegen den braunen Ungeist

Demokratischen Widerspruch einlegen gegen die menschenverachtende Ideologie der neonazistischen NPD, aktiv für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Thüringen eintreten“, so heißt es im gemeinsamen Aufruf der fünf Landtagsfraktionen und dafür standen auch die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Linksfraktion vor und im Thüringer Landtag am Vormittag des 17. Juli.

Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow hatte in der gleichzeitig stattfindenden Aussprache zur Regierungserklärung die dazu herrschende Einigkeit im Landtag betont und gewürdigt, wie wichtig es ist, Gesicht zu zeigen gegen jene, „die offenkundig die parlamentarische Demokratie mit Füßen treten wollen“. Ausdrücklich dankte er der Ministerpräsidentin, die sich gleich zu Beginn ihrer Amtszeit dafür eingesetzt hatte, „gemeinsam Zeichen zu setzen gegen den braunen Ungeist“.

Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtags „Rechtsextremismus ohne Chance in unserer demokratischen Kultur“:

Der Thüringer Landtag wendet sich gemeinschaftlich gegen den geplanten NPD-Aufmarsch am heutigen Donnerstag (17.07.2014) vor dem Landtagsgebäude. Die Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen stehen für ein weltoffenes Thüringen. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein,

dass die NPD niemals in den Thüringer Landtag einziehen wird. Alle demokratischen Parteien im Thüringer Landtag werden sich durch den NPD-Aufmarsch nicht davon abhalten lassen, in der politischen Debatte nach vernünftigen Problemlösungen zu suchen.

Die NPD richtet sich mit ihrer Ideologie und Demagogie gegen Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und eine Politik im Interesse aller Menschen. Das umzusetzen, wird ihr nicht gelingen – weder heute noch in Zukunft. Dafür werden sich alle Fraktionen im Thüringer Landtag einsetzen. Angesichts des angekündigten Aufmarschs wollen wir – Parlamentarier aller Fraktionen – ein Zeichen setzen.

Wir wollen demokratischen Widerspruch einlegen gegen die menschenverachtende Ideologie der neonazistischen NPD. Wir wollen aktiv für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Thüringen eintreten, weil wir uns bewusst sind: Rechtsextremismus ist keine Kinderkrankheit, die von selbst vergeht. In den Programmen der NPD sind Menschenverachtung, Rassismus sowie Nationalismus und deren aggressive Parolen zu erkennen, die schon immer das Denken neonazistischer Strukturen prägten. Diese NPD darf niemals eine politische Wirkungsmacht entfalten oder in den Landtag einziehen, um diesen als Bühne für ihre autoritären Ideen, Unwahrheiten, Verzerrungen und populistischen Forderungen zu benutzen. Dafür treten wir gemeinsam ein. Das große strategische Ziel der NPD ist nichts anderes

als die Abschaffung der Demokratie und die Überwindung der universellen und unteilbaren Menschenrechte als Grundlage unseres Zusammenlebens. Wenn NPD-Anhänger alte Vorurteile und Feindbilder beschwören, Kampa-

ben sich schon zu Beginn der 5. Legislaturperiode in einer gemeinsamen Erklärung, die in der konstituierenden Sitzung am 29. September 2009 beschlossen wurde, zu einem demokratischen, toleranten und weltoffenen Thü-



Gemeinsam mit anderen gegen braunen Ungeist engagierten Bürgerinnen und Bürgern, unter ihnen zahlreiche junge Leute, waren es vor allem auch Abgeordnete aus den Fraktionen der LINKEN, der Grünen und der SPD, an denen die Vertreter der neonazistischen NPD, die am 17. Juli demonstrativ zur Plenardebatte zur Regierungserklärung auf die Besuchertribüne in den Landtag wollten, nicht vorbei kamen.

gnen gegen die vermeintliche Überfremdung unseres Landes anzetteln, den Holocaust leugnen, die Deutschen als Opfer der Globalisierung und der EU stilisieren, dann ist es unsere Aufgabe, dem entgegenzutreten. Alle Fraktionen des Thüringer Landtags ha-

ringen bekannt. Wie schon 2011 und 2012 wollen Rechtsextremisten vor dem Landtag mit ihren demagogischen Parolen jene Werte in Frage stellen, die für unser Gemeinwesen konstitutiv sind. Das werden wir nicht unwidersprochen zulassen. ■

„Aber Sie sind nicht an den Problemen der Menschen dran“

In der Aussprache zur Regierungserklärung am 17. Juli im Thüringer Landtag ergriff auch die LINKE Abgeordnete und Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow das Wort. Sie sagte u.a.: „Und wenn Sie von Generationengerechtigkeit sprechen, da wünsche ich mir für unsere Generation und die uns folgenden nicht die Schuldenbremse. Ich wünsche mir, dass wir anfangen, ein Bildungssystem aufzubauen, was qualitativ hochwertig ist und jeden mitnimmt. Ich möchte, dass jeder von seiner Arbeit leben kann, und ich möchte es generationengerecht auch verstanden haben, dass wir einen sozialen ökologischen Umbau schaffen und nicht Versprechen machen, die Sie überhaupt nicht halten können.“

Und da bin ich schon beim ersten großen Punkt, Bildungspolitik. Bei Kindern mit hohem sozioökonomischen Status wissen wir, sie gehen seltener zur Hauptschule, jedoch dreimal so viel auf das Gymnasium. Was will ich damit sagen? Wir haben nach wie vor eine soziale Auslese im Schulsystem, die seinesgleichen sucht. Und Sie halten an der Dreigliedrigkeit des Schulsystems fest, was genau diesen Zustand

weiter befördert. Was machen Sie stattdessen? Themen wie Schreibrasserie. Darf ich Sie daran erinnern, dass es Ihr CDU-Minister war, der 2004 dem Kultusministerkonferenzbeschluss zugestimmt hat, eine gut lesbare Handschrift flüssig schreiben zu können für alle Schüler? Es war Ihr Minister. Und jetzt machen Sie einen Popanz auf, um populistisch die Wähler zu überzeugen, aber Sie sind nicht an den Problemen der Menschen dran.

Wenn wir darüber reden, gute Bedingungen von Anfang an – ja, wir haben es gemeinsam geschafft, mehr Kita-Erzieherinnen einzustellen. Aber es geht noch um mehr. Wir sind im Moment bei 16 Kindern auf eine Erzieherin. Die EU-Norm sagt fünf bis acht je Erzieherin maximal. Das heißt, es ist hervorragend, dass wir uns gemeinsam verständigt haben und über 2.000 Erzieherinnen eingestellt haben, aber es reicht nicht. Um gute Bildung von Anfang an zu gewährleisten, müssen wir weitergehen.“

Und da der FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Barth in der teilweise nicht gerade durch hohe Sachlichkeit gekennzeichneten Debatte den LINKE-Bun-

destagsabgeordneten Ralph Lenkert angegriffen und unterstellt hatte, DIE LINKE wolle alle Gymnasien abschaffen, ging darauf für die Linksfraktion auch nochmal Tilo Kummer ein: „Herr Barth, Sie wissen ganz genau, dass längeres gemeinsames Lernen, wie wir es meinen und wie es viele andere hier im Haus meinen, einen anderen Hintergrund hat. Da geht es nämlich nicht um die Abschaffung von Gymnasien, sondern um längeres gemeinsames Lernen mit einem späteren Übergang ans Gymnasium. Das ist der Punkt.“

Dagegen muss man sich wehren

Außerdem, und das sei vor allem sein Anliegen, betonte Tilo Kummer: „Die allergrößte Last für die Zukunft, damit werden wir uns heute oder morgen noch beschäftigen, ist die Altlastenfrage: Zu Beginn dieser Legislatur sind wir im Umweltausschuss aus allen Wolken gefallen, als Kali+Salz uns mitgeteilt hat, dass noch zwei Milliarden Euro Investitionen in Altlasten aus dem DDR-Kalibergbau auflaufen könnten. Vor dem Verwaltungsgericht in Meiningen haben sie diese Zahl inzwischen

auf 4,6 Milliarden Euro korrigiert. Wenn man sich das Verfahren um die Werra-Versalzung, das Vertragsverletzungsverfahren der EU, ansieht und wie hilflos diese Landesregierung dort agiert, um diesem Konzern mal Grenzen aufzuzeigen, dann gehen die davon aus, dass ihren Forderungen in alle Ewigkeit Rechnung getragen wird.“

(Zwischenruf von Minister Christian Carius, CDU: Unsinn.)

Herr Carius, das ist kein Unsinn. Obwohl Thüringen gesagt hat, es darf keine weitere Versenkerlaubnis geben, ist sie natürlich vom Regierungspräsidium Kassel erteilt worden und der EU wird versucht, in dieser Hinsicht etwas vorzumachen. Thüringen hat keine Schritte dagegen unternommen, um hier Hessen zu sagen, so geht es nicht weiter. Dieser Konzern ist es natürlich gewohnt, alle Genehmigungen zu bekommen. Ich habe die Befürchtung, dass sie mit der Vertragsgestaltung, die wir hier im Moment haben, versuchen werden, das Maximum rauszuholen. Dagegen muss man sich wehren, da hilft kein hilfloses Agieren.“ ■